

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Empfehlung: Die Anzeigen- und die Anwerter der Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 68

Sonntag, den 21. März 1926

21. Jahrgang

Locarno-Debatte im Reichstag am Montag.

Der Reichstag beginnt am Montag 11 Uhr mit der Beratung des auswärtigen Etats. Damit wird die große Debatte über Genf verbunden, für die die Kommunisten bereits einen Wahrausdrucksantrag und die Aufforderung an die Regierung vorbereitet haben, das Eintrittsgesuch für den Völkerbund abzulehnen zurückzuführen. Sie kommen damit den Deutschen nationalen zuvor, die ähnliche Pläne bereits angekündigt haben. Demgegenüber wird die Reichsregierung die ausdrückliche Billigung ihres Verhaltens in Genf fordern. Daß die Mehrheit diese Billigung aussprechen wird, steht bereits heute fest.

Die Volkspartei gegen Luther.

Berlin, 19. März. Wie aus Kreisen der Deutschen Volkspartei verlautet, ist die Stimmung in der Fraktion wieder einmal völlig zugunsten Stresemanns umgeschlagen. Auch der rechte Flügel erkennt die Standhaftigkeit des Außenministers, die er gegen die Intrigen im Völkerbund bewiesen hat, an. Dagegen macht sich innerhalb der Fraktion eine starke Missstimmung gegen den Reichskanzler geltend. Man erzählt sich hier, daß Dr. Luther in Genf beinahe umgefallen

wäre und einer Abfung, die für Deutschland nicht zuträglich gewesen wäre, zugestimmt hätte, wenn nicht Dr. Stresemann rechtzeitig eingegriffen hätte. Zwischen Luther und Stresemann sollen in Genf erhebliche Meinungsverschiedenheiten Platz gegriffen haben. Diese Missstimmung ginge, so berichtet man, sogar so weit, daß innerhalb der Fraktion erwogen würde, ob man das von Luther verlangte Vertrauensvotum unterstützen soll oder nicht. Am meisten hätte in diesen Kreisen der Wunsch Luthers verstimmt, den Reichstag auf einige Zeit wegzuschieben und mit Artikel 48 der Reichsverfassung zu regieren. Montag ist die entscheidende Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei.

Für Fortsetzung der Locarno-Politik.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, beabsichtigen die Regierungsparteien, im Laufe der außenpolitischen Debatte des Reichstages eine Entschliebung vorzulegen, in der sie für die Fortführung der Locarno-Politik eintreten. Es darf angenommen werden, daß auch die Sozialdemokraten dieser Entschliebung zustimmen.

Dr. Curtius über deutsche Wirtschaftspolitik.

Berlin, 19. März. Der Reichstag erledigte die zweite Beratung des Haushaltes des allgemeinen Personalfonds und nahm in allen drei Lesungen einen Besetzungsvorschlag über die Geltungsbauer der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung an. Er begann dann die

Beratung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums, wobei Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort ergriff.

Der Minister legte zunächst die Grundzüge der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik dar, wobei er zunächst auf die außenhandelspolitischen Fragen zu sprechen kam. Der Handelsumsatz Deutschlands im Jahre 1925, so führte der Minister aus, beläuft sich in Ein- und Ausfuhr auf 21,2 Milliarden Mark, das sind 30 Prozent mehr gegenüber 1924. Unsere Handelsbilanz ist aber immer noch passiv gewesen. Wenn in den Monaten Januar und Februar d. J. die Monatsbilanz aktiv geworden ist, so beruht dieser Wechsel in erster Linie auf einem starken Rückgang der Einfuhr und erst in zweiter Linie auf einer geringen Steigerung der Ausfuhr. Der Umschwung beruht vor allem auch auf dem Schwinden unserer Kaufkraft und der akuten Krise der deutschen Wirtschaft, woraus sich ergibt, daß Aktivität der Handelsbilanz nicht notwendig Wille der Wirtschaft bedeutet. Unsere ungedeckte Lebensmitteleinfuhr zeigt eine ungeheure Belastung. Realpolitisch ist weder in der Gegenwart noch in der nächsten Zukunft damit zu rechnen, daß wir uns aus der eigenen Scholle vollständig ernähren können. Der Existenzkampf zwingt uns, auch ohne jede Rücksicht auf den Dawesplan die Ausfuhr zu steigern. Ein sehr wesentliches Mittel, die unsere Ausfuhr fast überall in der Welt bereiteten Schwierigkeiten zu überwinden, liegt in einer erhöhten Aktivität unserer Handelsvertragspolitik. Erhebender Bedanke bei unseren Handelsvertragsverhandlungen war der Grundsatz der Meistbegünstigung. Dieser ist für mich kein Dogma, sondern nur ein Mittel der Handelspolitik, das nicht auf alle Zeiten zu gelten braucht, für die Gegenwart aber bleibt uns keine andere Wahl; ein Umweichen von der Linie der Meistbegünstigung würde ein gefährliches Experiment bedeuten. Bei Verhandlung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ging der Minister mit einigen Worten auf die internationalen Eisenwirtschaftsverhandlungen ein. Das Schienenskartell ist zustande gekommen, aber die Meldungen über seinen Inhalt waren verflücht und irreführend. Die Regierung hält das Zustandekommen einer internationalen Eisenwirtschaftsverhandlung für erwünscht, wird aber alle hier zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um den inneren Markt vor einer wirtschaftlich nicht tragbaren Ausnutzung durch die eisenerzeugende Industrie zu schützen. Die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu England verfolgt die Regierung mit großer Sorge. Nach den getroffenen Vereinbarungen brauchen wir auf keinen Fall zu duben, daß die Engländer Hölle einführen, die unserem Handel abträglich sind. Gegebenenfalls werden wir von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen. Es ist zu hoffen, daß der Generalagent für die Reparationen seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufwendet, damit die Gläubigerländer die deutsche Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufnehmen, sonst wird eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawesplanes wegfallen. Bisher hat sich eine gewisse Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen zur Durchführung des Dawesplanes in der gegenwärtigen Wirtschaftskrisenperiode bereits beeinträchtigt werden, von der Tätigkeit des von uns beantragten Enquetenausschusses erwarten. Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch die Durchführung des Dawesplanes ist bisher nicht festzustellen. Der Minister ging hierauf zu den Fragen der Binnenwirtschaft über und erörterte zunächst die vorübergehenden Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung, nämlich die Ausfallgarantie bei dem Export nach Rußland und die Einrichtung der Exportkreditversicherung. Der Baumarkt soll durch einen Zwischenkredit von 200 Millionen belebt werden. Sehr schwierig ist die Lage des Ruhrkohlenbergbaues; sollte etwa eine Regierungsunterstützung des englischen Kohlenbergbaues über den 1. Mai hinaus fortgesetzt werden, so kann ich zugleich namens des Finanzministers erklären, daß Mittel zur Unterstützung auch des deutschen Steinkohlenbergbaues freigemacht werden sollen. Ueber den Notstandsaktionen darf die Sorge für die wirtschaftliche Gesundung der Gesamtwirtschaft nicht vergessen werden. Der Kreditmangel wird erst allmählich geboben werden. Die von der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts erwartete Belebung des Kapitalmarktes ist nicht ausge-

Zwölf Millionen Unterschriften für das Volksbegehren.

Berlin, 19. März. Der Rechtsausschuß des Reichstages trat heute in die Generaldebatte über den neuen Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Frage der Fürstenabfindung ein.

Die Sozialdemokraten haben den Antrag, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, nunmehr im Reichstag eingebracht. Er lautet:

„Danach soll das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstlichen Häuser, ihrer Familien und Familienangehörigen zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet werden. Das enteignete Vermögen soll Eigentum des Landes werden in dem das betreffende Fürstentum bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat. Artikel 2 bestimmt die Verwendung des enteigneten Vermögens zugunsten der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Opfer der Inflation, der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf enteignetem Landbesitz. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude sollen für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Gefängnissen und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet werden.“

Abg. Dr. Ebering (Dntl.) nannte das abgeänderte Kompromiß ein „Kompromiß zwischen Recht und Raub“, das deshalb einen Widerspruch in sich trage. Die Deutsche Volkspartei werde jedoch durch Anträge auf das gegenwärtige Kompromiß einzuwirken suchen, das in den wichtigsten Punkten unannehmbar, in den „Nichtlinien“ indiskutabel sei. Man habe unter der „Peitsche des Volksbegehrens“ sich auf das Niveau des Volksbegehrens, auf glatte Enteignung treiben lassen.

Abg. Rosenfeld (Soz.) sagte zur Begründung, das Volksbegehren habe dreimal soviel Stimmen erhalten, als erforderlich. Die bekanntgewordenen Endergebnisse zeigten die deutlich sichtbaren Zeichen der Volksstimmung. Es sei bedauerlich, daß das Volk sich sein Recht selbst suchen müsse, da seine Führer versagten. Seine Partei hoffe, daß der Reichstag dem Rechnung tragen und den neu eingebrachten Antrag annehmen werde, der dem Volksbegehren entspreche. Schlimmstenfalls werde man die 20 Millionen Stimmen aufbringen, da das bisherige Ergebnis durch die Behandlung der Listen seitens mancher Behörden und durch Kontrolle von Gegnern des Volksentscheides, Einschüchterungen usw. beeinträchtigt worden sei. Wenn trotzdem sich

12 Millionen für das Volksbegehren

eingetragen hätten, so sei dieses Ergebnis um so höher zu bewerten. Jedenfalls trage das Kompromißgesetz die dem Volkswillen nicht genügend Rechnung. Als Vorwürfe gegen eine gesetzliche Enteignung erliegen sich schon deswegen, weil auch der Kompromißentwurf eine Enteignung ohne Entschädigung vorsehe, allerdings in einem nicht genügenden Umfang.

Lärmereien im sächsischen Provinziallandtag.

Merseburg, 20. März. In der gestrigen Provinziallandtagsitzung kam es zu wilden Lärmereien, als die Kommunisten einen deutschnationalen Redner bedrohten. Der Präsident konnte die Ruhe im Hause nicht aufrechterhalten und legte unter Protest das Präsidium nieder. Bei der Beratung von Änderungen der Geschäftsordnung wurden die nichtkommunistischen Redner von den Kommunisten andauernd unterbrochen. Schließlich verließen sämtliche Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Kommunisten den Saal, so daß die Sitzung vertagt werden mußte.

Der neue englische Botschafter für Berlin.

London, 20. März. „Daily Mail“ berichtet, daß der britische Botschafter in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay gestern vom König in Audienz empfangen worden sei. Seine Ernennung zum Botschafter in Berlin bedarf nur noch der formalen Regelung.

Die Befreiungsfeier der ersten Rheinlandzone.

Berlin, 19. März. Der Amtliche Preussische Pressebericht teilt mit: In der am kommenden Sonntag, dem 21. d. M., in Köln beginnenden offiziellen Befreiungsfeier der geräumten Rheinlandzone nehmen von der preussischen Staatsregierung Ministerpräsident Otto Braun, der Minister des Innern Sebering und der Volkswirtschaftsminister Striffler teil, begleitet vom Ministerialrat Dr. Amelungen vom Staatsministerium, dem Direktor der Westabteilung des Innenministeriums Dr. Voehs, den Ministerialräten Kaufmisch, Dr. Brand und Eilgen sowie dem Oberregierungsrat Peters vom Volkswirtschaftsministerium. Der Befreiungsfeier in Bonn wird auch der Staatssekretär des Wissenschaftsministeriums Dr. Lammers begleitet vom Regierungsrat Dr. Gaslinde betwohnen.

Chamberlain vor der Ernennung zum Ehrenbürger von London.

London, 20. März. Nach „Daily Mail“ würden diese Mitglieder des britischen Kabinetts, acht Vorkämpfer und zwei Außenminister in der Guildhall am Mittwoch anwesend sein, wenn Chamberlain das Ehrenbürgerrecht von London erhält. Fast alle Länder, die dem Völkerbund angehören, würden bei der Zeremonie vertreten sein. Es wird erwartet, daß beim Frühstück im Mansion House Chamberlain eine wichtige Rede über die Zukunft des Völkerbundes halten werde.

Argentinien und der Völkerbund.

Paris, 19. März. Nach einer Habasmeldung aus Buenos Aires hat der Außenminister erklärt, daß Argentinien an den Kommissionsitzungen des Völkerbundes vor Ratifizierung seines Wiedereintrittes in den Völkerbund nicht teilnehmen könne.

Eine französische Abteilung in Syrien niedergemetzelt.

Paris, 19. März. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten gibt folgenden Bericht: Die Drusen, die von dem Marsch einer kleinen Abteilung Kenntnis erhalten hatten, legten sich bei Neboha in einen Hinterhalt. Als des Überfallenen Abteilung zu Hilfe gefandten Truppen kamen zu spät. 48 Mann, davon die Hälfte Franzosen, wurden getötet, unter ihnen zwei Offiziere; acht Mann konnten sich retten.